

# Gratwanderungen. Ein politisch-solidarisches Netzwerk für die Rechte migrantischer Hausarbeiterinnen

Von *respect*



*WG-Wohnungen, Villen oder Büroetagen zu putzen, Kinder von Kita und Schule abzuholen oder auch Babys ganztägig zu betreuen, ist für viele Migrantinnen in Deutschland die einzige Möglichkeit der Existenzsicherung – egal welche Berufserfahrung oder Ausbildung sie haben. Dies gilt besonders für Frauen, die keinen oder nur einen prekären Aufenthaltsstatus haben. Ihre Arbeitsverhältnisse sind gleichzeitig Folge und Motor einer weitreichenden Transformation von Sorge- und Hausarbeit. Bisher unbezahlte Arbeiten werden aus dem Haushalt outgesourct und zu Waren gemacht, »kommodifiziert«. Neue, scheinbar private Hierarchien entstehen in einer weitgehend deregulierten Arbeitswelt, innerhalb derer die weiterhin Frauen zugeschriebene Arbeit neu verteilt wird – entlang von Klassenzugehörigkeit und rassistisch zugewiesener Position. Diese Arbeitsverhältnisse ermöglichen den ArbeitgeberInnen, bestimmte Qualitätsstandards im hygienisch perfekten Zuhause zu erreichen. Sie ermöglichen, entgrenzte neoliberale Erwerbsverhältnisse mit Reproduktionsarbeit kombinieren zu können, ohne dass die geschlechtliche Arbeitsteilung in Frage gestellt wird – und ohne dass kollektive Lösungen für die alte Grundsatzfrage der Reproduktionsarbeit gefunden werden müssen.*

*Unter dem Stichwort »Globalisierung von Sorgearbeit« wird dieses Phänomen inzwischen in sozialwissenschaftlichen und politischen, feministischen Diskussionen um Care-Arbeit diskutiert. Obwohl es um eine dringende Frage emanzipatorischer politischer Praxis geht, gibt es in Deutschland nur wenige Versuche, Netzwerke der Solidarität zu gründen, um für Arbeitsrechte der Beschäftigten im Privathaushalt sowie alternative Lebens- und Arbeitsmöglichkeiten einzutreten und den schleichenden Prozess der Etablierung dieses segregierten Arbeitsmarktes aufzuhalten.*

*Eine der wenigen Ausnahmen bildet die respect-Initiative Berlin, die sich seit Jahren für Arbeitsrechte im Privathaushalt engagiert und Frauen ohne Aufenthaltsstatus unterstützt. Ziel ist es, praktische Solidarität mit politischer Organisation und Protest zu verbinden. Das folgende Papier ist eine Selbstreflexion der Gruppe darüber, wie Organisationsprozesse unter prekären Aufenthalts- und Arbeitssituationen möglich sind – und ein Rückblick auf Ansätze des Organizing. Die Unterstützung zur politischen Selbstorganisation von papierlosen Migrantinnen erweist sich aus vielen Gründen als kompliziert. Durch kontinuierliche Zusammenarbeit sind jedoch Netzwerke der gegenseitigen Unterstützung entstanden. Sie tragen dazu bei, Verhandlungsmacht in prekären Arbeitsverhältnissen zu stärken und in individuell aussichtslosen Situationen kollektive Lösungen zu finden. Gleichzeitig reflektiert das Papier viele Fallstricke und Gratwanderungen einer gemeinsamen Organisation von Frauen mit und ohne Migrationsgeschichte – und von politisch Interessierten ebenso wie persönlich Involvierten.*

## **Die respect-Initiative: Politische Aktion und praktische Solidarität**

»Wir wollen Migrantinnen ohne Aufenthaltsstatus, die hier in Deutschland vor allem in privaten Haushalten arbeiten, unterstützen, damit sie ihre Interessen selbst vertreten und sich selbst organisieren können.« So formulierten wir ein wichtiges Anliegen unserer Gruppe. Die respect-Initiative Berlin besteht seit zwölf Jahren als freier Zusammenschluss von Frauen mit und ohne Migrationsgeschichte – sie ist also keine NGO und kein eingetragener Verein.

1999 gründeten wir uns als Teil des europäischen Netzwerkes für die Rechte von Migrantinnen in der bezahlten Hausarbeit RESPECT. Zunächst organisierten wir bundesweite Treffen von feministisch-antirassistischen Gruppen und Beratungsstellen, um die Arbeitsbedingungen von Frauen ohne - Aufenthaltsstatus gemeinsam zu diskutieren und politische Strategien zu entwickeln. Damals standen vor allem die Themen Flucht, Heiratsvermittlung und Frauenhandel im Zentrum feministischer Diskussionen zu Migration, während der Alltag der Putz- und Betreuungsarbeit in deutschen Haushalten kaum thematisiert wurde und weitgehend unsichtbar blieb.

In den folgenden Jahren haben wir uns mit anderen antirassistischen Gruppen vernetzt und uns als Teil von »Kein Mensch ist illegal« an politischen Aktionen beteiligt oder die »Gesellschaft für Legalisierung« in Berlin mitorganisiert. Wir initiierten ein Netzwerk von Gruppen in Berlin, das den »AK undokumentiertes Arbeiten« bei ver.di betreibt und seit 2009 eine Anlaufstelle für ArbeiterInnen ohne Aufenthaltsstatus aufgebaut hat.

Im Rahmen von Veranstaltungen problematisieren wir seitdem die weiterhin ungleichen Geschlechterverhältnisse in der Haus- und Sorgearbeit und kritisieren, dass diese Arbeiten zunehmend an Migrantinnen delegiert werden. In einer solchen Situation entstehen Machtverhältnisse zwischen Frauen entlang von Klassenzugehörigkeit und Zuschreibungen der »Ethnizität«. Ebenso wenden wir uns gegen die restriktiven Einwanderungsbedingungen, die diese rassistische Segregation des Arbeitsmarktes verschärfen.

Seit Anfang der 1990er Jahre sind wir außerdem Teil eines Netzwerkes feministischer Gruppen in Berlin, das Frauen und Kinder ohne Aufenthaltsstatus praktisch und solidarisch unterstützt. Kontinuierlich hat dieses Netzwerk insbesondere Neuankömmlinge mit Wohnungen versorgt, hat Kita- und Schulplätze für Kinder ohne Papiere gesucht, Frauen wieder aus dem Abschiebeknast geholt oder im Kontakt mit dem Büro für medizinische Flüchtlingshilfe Gesundheitsversorgung organisiert. Einmal im Monat treffen wir uns, um uns auszutauschen und gemeinsam zu kochen; dies ist ein sozialer Raum, der auch eine offene Anlaufstelle für Frauen ohne Papiere ist, um Kontakte zu knüpfen oder sich über Alltagsprobleme in der Illegalität auszutauschen. Unsere Aufgabe als respect-Initiative innerhalb dieses arbeitsteiligen Netzwerkes ist es, für alle Belange rund um das Thema Arbeit ansprechbar zu sein: Wie finde ich schnell einen Job? Wie schütze ich mich bei einem Bewerbungsgespräch in einem Privathaushalt vor sexueller Anmache? Welche langfristigen beruflichen Perspektiven kann ich in Deutschland in meinem im Herkunftsland erlernten Beruf entwickeln?

## **Organisierung nach innen: Von der Hilfe zur Selbstorganisation zum sozialen Netzwerk**

Der Anfang war manchmal etwas skurril: Wir erinnern uns an zähe Veranstaltungen, bei denen deutsche politische Aktivistinnen den von ihnen unterstützten Migrantinnen Vorträge hielten. Sie berichteten, welche antirassistische Demonstration in Berlin geplant wurde oder welche politischen Debatten es um die Forderung nach Legalisierung in der Antira-Szene gerade gab. Die Vorträge wurden ins Spanische übersetzt (aufgrund der politischen Geschichte und der Sprachkenntnisse der Beteiligten hatten sich vor allem Kontakte zu Lateinamerikanerinnen entwickelt). Das Publikum – Frauen, die sich meist aufgrund praktischer und oftmals existenzieller Alltagsprobleme an das Netzwerk gewandt hatten – waren eher stumm. Selten trauten sich die »Latinas« überhaupt, Fragen zu stellen, geschweige denn Kritik oder Desinteresse an den Anliegen der »Alemanas« zu äußern.

Im Laufe vieler Jahre der Zusammenarbeit entstanden allerdings gleichberechtigtere, vertrauere Beziehungen. Viele der ehemals Unterstützten wurden selbst zu Unterstützerinnen – und es gab einige Initiativen, bei denen Frauen ohne Aufenthaltsstatus auf anonymisierte Weise öffentlich politisch aktiv wurden: Die »Frauen ohne Gesicht« stellten selbst genähte Wandbilder aus; auf Demonstrationen wurden vorher aufgenommene Redebeiträge abgespielt oder »Kein-Mensch-ist-illegal-Taschen« aufgestellt, in denen sich Radios befanden, die Statements der Frauen ohne Aufenthaltsstatus abspielten.

### **Grenzen einer Selbstorganisation undokumentierter Hausarbeiterinnen**

Im Rahmen des Netzwerkes entwickelte sich dennoch keine dauerhafte politische Vertretungsstruktur der papierlosen Migrantinnen, innerhalb derer sie ihre Interessen hätten repräsentieren können.

Es gibt viele Gründe dafür: Im bürokratischen deutschen Alltag ist die Erfahrung der Kriminalisierung als »Papierlose« allgegenwärtig und die zermürbende Angst vor Abschiebung verhindert, dass Frauen ohne Aufenthaltsstatus es wagen, ihr Gesicht zu zeigen und für ihre Belange zu sprechen.

Existenzsicherung steht im Mittelpunkt eines Lebens ohne Aufenthaltsstatus und nimmt oft alle Energie in Anspruch: Stundenweise Putz- und/oder Kinderbetreuungsjobs – oftmals über ganz Berlin verstreut – müssen unter einen Hut gebracht werden; der Bedarf an Babysitting, Kinderbetreuung oder Putzen ist oftmals befristet und so gibt es über die Sommermonate, bei Umzug der Arbeitgeber oder wenn das betreute Kind in den Kindergarten kommt, immer wieder Kündigungen – oft ohne Vorankündigung. Die Einkünfte müssen zudem nicht nur für die eigene Existenz reichen; wenn es geht, muss auch gespart werden – für Zeiten der Krankheit oder um die Kinder nachzuholen oder Angehörige in Lateinamerika zu unterstützen. Wohnen ist ein Dauerproblem: Billige Wohnmöglichkeiten sind schwierig zu bekommen und prekär, denn sie bedeuten Abhängigkeit von anderen, die eine Migrantin bei sich wohnen lassen oder einen Mietvertrag unterschreiben. Ohne umfangreiche deutsche Sprachkenntnisse ist es schwierig, die politische Gemengelage in Deutschland überhaupt zu überblicken und sich darin politisch zu orientieren.

Es gibt einen weiteren Grund, warum sich die Frauen in unserem Netzwerk nicht in einem klassischen Sinne politisch organisieren: Während die Gründerinnen des Unterstützungsnetzwerkes durchweg aus links-feministischen Zusammenhängen kommen, also eine politisch ziemlich homogene Gruppe darstellen, sind die Differenzen innerhalb der Migrantinnen, die zum Netzwerk stoßen, groß. Ihr politischer Background ist vielfältig: Manche blicken auf eine lange kämpferische Geschichte politischer Organisation in Lateinamerika zurück, andere haben noch keine politischen Erfahrungen gesammelt oder fangen gerade erst an, sich zu politisieren; manche sind Feministinnen und engagieren sich für Frauenrechte, andere wiederum sind eher konservativ und finden das lesbische Leben mancher Unterstützerinnen bestenfalls befremdlich; manche suchen die Gemeinschaft eher in der Kirche oder interessieren sich einfach überhaupt nicht für Politik.

Auch der soziale Hintergrund ist unterschiedlich: Manche kommen aus der Mittelschicht, andere aus ärmeren Verhältnissen, manche haben eine akademische Ausbildung hinter sich, andere nur die Grundschule; manche hatten in ihrem Herkunftsland selbst eine Hausangestellte, andere haben auch dort schon in prekären Jobs gearbeitet. (Auch bei den Alemanas gibt es Unterschiede in der sozialen Herkunft und Familiengeschichte; die einen haben »Dienstmädchen« und die anderen »Hausherrinnen« als Großmütter.)

Zudem war und ist für viele das Netzwerk eine Durchgangsstation: Sie stoßen aus konkreten Notlagen oder auf der Suche nach Kontakt zum Netzwerk – und entfernen sich auch wieder, wenn die Probleme gelöst sind, wenn sie geheiratet und ein Aufenthaltsrecht erworben haben, wenn sie einen Job gefunden oder ein eigenes soziales Umfeld aufgebaut haben.

Wenn es um die Frage geht, sich als »Hausarbeiterinnen« zu organisieren, stellt sich zudem die Frage: Identifiziere ich mich so mit dieser Arbeit, dass ich mich darin organisieren will? Manche haben sich

auf die Tätigkeit als Putzfrau oder Kinderbetreuerin eingestellt und fordern die Wertschätzung dieser komplexen und qualifizierten Tätigkeiten ein. Viele Frauen im Netzwerk lassen sich auf Putzen und Babysitten zunächst als vorübergehende Notlösung ein – eine Notlösung, die allerdings aufgrund des rassistisch segmentierten Arbeitsmarktes in Deutschland oftmals zum Dauerzustand wird. Sich politisch damit zu befassen und als »Hausarbeiterin« zu verorten, kann sich so anfühlen, als ob es diese Zwangslage festschreibt – und ist somit kein attraktiver Ausgangspunkt der Politisierung oder politischen Selbstverortung.

### **Zwischen Abhängigkeiten und sozialem Netzwerk**

Welche Konsequenzen haben sich aus den Erfahrungen des Unterstützungsnetzwerkes für politische Arbeit in der respect-Initiative ergeben? Tatsächlich kann eine gemeinsame Organisation nur funktionieren, wenn die existenziellen Alltagsprobleme von papierlosen Migrantinnen Teil des Politischen sind, wenn es also jenseits antirassistisch-feministischer Parolen praktische Alltagsolidarität gibt. In unseren Anfangsjahren führte dies oft zu Abhängigkeitsverhältnissen: Die einen riefen sich in ihrer Helferinnenrolle auf, gefielen sich darin teils und fühlten sich für fast alles zuständig, was an individuellen Katastrophen und auch Alltagsproblemen an sie herangetragen wurde; die anderen nutzten politische Treffen der respect-Initiative eher dazu, ihre persönlichen Belange vorzutragen – und begaben sich dabei auch in Konkurrenz und in Konflikte untereinander.

Seitdem haben wir gelernt, dass es um einen Balanceakt geht: Unsere respect-Gruppe kann keine Anlaufstelle für individuelle Unterstützungsanfragen sein. Eine Bedingung für die Teilnahme ist nun ein allgemeines politisches Interesse an unseren Anliegen. Ohne praktische Solidarität geht es jedoch nicht, wenn sehr unterschiedliche soziale Situationen in der respect-Gruppe oder dem weiteren Netzwerk aufeinandertreffen. Wenn eine aus dem Netzwerk gerade in Abschiebehaft sitzt oder eine andere dringend eine ärztliche Behandlung braucht, kann das nicht beiseite geschoben werden.

Zudem haben wir gelernt, wer die größten Kompetenzen für die Lösungen von Problemen im Arbeitsalltag hat, wer am besten beraten und Ideen für Unterstützung beitragen kann: diejenigen, die selbst in Privathaushalten arbeiten oder gearbeitet haben, und inzwischen im Berliner Überlebenskampf mehr Erfahrungen gesammelt haben als so manche Neuzugezogenen. Wer selbst regelmäßig darüber verhandelt, was in wie viel Zeit geputzt werden soll oder ob die Fahrkarte bezahlt wird oder nicht, kann am besten erklären, wie sich Frau würdevoll und stark in die Verhandlungen mit einer Arbeitgeberin begeben kann.

### **Workshops und Multiplikatorinnen**

Entstanden ist aus diesen Erfahrungen zweierlei:

Zum einen bieten wir Workshops an, um gegenseitige Beratung und Unterstützung systematischer zu ermöglichen. Themen waren etwa: Wie kann ich meine Arbeitsrechte durchsetzen? Hier reichte die Diskussion von alltäglichen Verhandlungsspielräumen mit ArbeitgeberInnen bis zur Frage »Was bringt mir ein Gewerkschaftsbeitritt?« Oder es ging um Arbeitssuche und die Frage, wie und wo Anzeigen aufgegeben werden können. Ein Workshop handelte davon, wie in Deutschland ausländische Berufstitel anerkannt werden; ein anderer, was die ILO-Konvention für die Rechte der Hausangestellten für unsere Situation in Deutschland verbessern könnte (vgl. den Beitrag von Pape u.a. im Heft).<sup>1</sup>

Über die Jahre sind Vertrauensverhältnisse zwischen Alemanas und Latinas entstanden – allerdings meist zwischen denen, die sich schon lange kennen und zwischen denen die Abhängigkeit nicht mehr

---

<sup>1</sup>Fazit war, dass die Konvention zwar international ein wichtiges Signal ist und auch in Deutschland ratifiziert werden sollte, dass sie aber für die Situation von papierlosen MigrantInnen und auch von Minijob-ArbeiterInnen solange nichts bringt, wie Illegalisierung und Prekarisierung rechtlich etabliert sind (siehe: [www.respectberlin.org](http://www.respectberlin.org)).

so groß ist. Viele Frauen, die früher Unterstützung erfahren haben, sind selbst wichtige Unterstützerinnen und Multiplikatorinnen geworden. Wir sind auf dem Weg zu gleichberechtigten Beziehungen als Freundinnen und Compañeras.

Nicht das Politische im klassischen Sinne der »Selbstorganisation« ist entstanden, wohl aber etwas, das die Grenzen des Politischen erweitert und insofern radikaler ist: ein soziales Netz, das es Jahr für Jahr Frauen ermöglicht, nicht im Nichts in Berlin anzufangen – und das die Basis dafür ist, eine antirassistische und feministische Politik zu Fragen der Illegalisierung und Ausbeutung zu machen, die weiß, wovon sie spricht. Auf dieser Grundlage entstehen neue Initiativen, die den Schritt einer »Organisation nach außen« wieder gehen und nach Wegen suchen, die für Frauen ohne Papiere angemessen sind – jüngst eine Theatergruppe. Die Gratwanderungen zwischen Unterstützung und gleichberechtigter Kooperation, die Konflikte, die aus den extremen sozialen Unterschieden erwachsen, bleiben dennoch. Was für die einen ein weitgehend vom eigenen Alltag getrenntes Engagement ist, ist für die anderen eine Frage des Überlebenskampfes. So wundert es nicht, dass diejenigen, die eher aus politischen Gründen aktiv sind, Konflikten eher aus dem Weg gehen, während es zwischen denen, bei denen es existenziell um ihre Lebenssituation geht, oft dramatischere Konflikte und Machtkämpfe gibt.

### **Zwischen Alltagspolitik und Kritik der Reproduktionsverhältnisse**

Wie aber präsentieren wir unsere feministisch-antirassistische Politik nach außen? Wie verbinden wir die Arbeit im sozialen Netz mit gesellschaftspolitischen Forderungen und Aktionen? Auch hier wollen wir auf einige Widersprüche und Gratwanderungen hinweisen, die sich aus der Geschichte solidarisch-politischer Organisation ergeben:

Ein Balanceakt betrifft die Forderung nach besseren Arbeitsbedingungen und Arbeitsrechten für »Hausarbeiterinnen« sowie die nach einer anderen gesellschaftlichen Organisation von Sorge- und Hausarbeit.

Prinzipiell wenden wir uns aus einer feministisch-antirassistischen Perspektive dagegen, die Versorgung von Kindern und Alten und die Haushaltsarbeit zunehmend schlecht bezahlt an Migrantinnen zu delegieren. Das Problem der geschlechtlichen Arbeitsteilung bleibt so ungelöst und wird mit der Delegation an Migrantinnen nur individuell bearbeitet. Kollektive Lösungsmodelle bleiben unthematisiert. Oftmals wird bezahlte Arbeit im Privathaushalt damit gerechtfertigt, dass hier angeblich zwei Notlagen von Frauen aufeinander treffen: einerseits die Frau, die Erwerbsarbeit leistet und mit der Verantwortung für Haushalt und Kinderbetreuung alleine dasteht – und auf der anderen Seite diejenige, die nur so Geld verdienen kann. Die Formel von den zwei Notlagen blendet jedoch die Hierarchien aus, die zwischen den Frauen bestehen (Wer fragt zum Beispiel nach der Kinderbetreuung für die Kinder der Hausarbeiterin?). Außerdem trifft die Behauptung einer Notlage nur auf einen Teil dieser Arbeitsverhältnisse zu – und sie negiert Handlungsspielräume, wie Reproduktionsarbeit auch heute schon anders organisiert werden kann: Bei der Putzarbeit etwa geht es nicht um eine Notlage, sondern um Sauberkeitsstandards und Statusfragen. Bei der Kinderbetreuung behindert die individuelle »Lösung«, eine Auseinandersetzung um alternative, egalitäre Organisationsmöglichkeiten.

Auch die Argumentation, diese Jobs stellten für Migrantinnen eine Möglichkeit der Existenzsicherung dar und seien deswegen ein Akt der Solidarität oder der Nächstenliebe, greift zu kurz: Unterstützung könnte auch anders aussehen – es könnten auch mal andere Jobs sein, die Migrantinnen zugeschoben werden. Auch gibt es eine Vielfalt an Möglichkeiten, wie finanziell umverteilt werden könnte.

Dennoch bleibt vielen der Frauen in unserem Netzwerk nichts anderes übrig, als in Privathaushalten zu arbeiten. Die respect-Initiative macht darauf aufmerksam, dass auch ArbeiterInnen ohne Aufenthaltsstatus bestimmte Rechte haben – etwa auf Auszahlung des verabredeten Lohns oder das Recht, unfallversichert zu sein. Darüber hinaus können Rechte auch jenseits der Gesetzeslage in alltäglichen Aushandlungsprozessen erobert werden. Soziale und Arbeitsrechte müssen von Anfang an

untereinander geregelt werden, sei es Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Kündigungsfristen oder klare Abkommen über Arbeitszeiten und Arbeitsinhalte.

Die Gratwanderung ist: Wann weisen wir auf was hin? Stellen wir uns der Auseinandersetzung mit einem Bekannten, der eine Putzfrau sucht, und diskutieren wir mit ihm unsere politischen Positionen – oder vermitteln wir ihm eine Freundin als Angestellte? Oder anders: Sollten wir lieber Workshops zu legerer Haushaltsführung oder zu Erziehungsmaßnahmen für träge MitbewohnerInnen anbieten?

### **Lateinamerikanische Betroffenen-Geschichten – deutsche Expertise?**

Eine zweite Gratwanderung betrifft die Frage unseres öffentlichen Auftretens auf Veranstaltungen und Diskussionsrunden. Als Gruppe, in der mehr *Alemanas* als *Latinas* dauerhaft politisch aktiv sind, stehen wir vor der Frage, wie wir unsere Arbeit nach außen vertreten. Wir sind zwar Teil des beschriebenen sozialen Netzwerkes und haben mit den Lebenslagen in der Illegalität eng zu tun – dennoch betreiben auch wir teilweise Stellvertreterinnenpolitik. Eine politische Kritik an der aktuellen Organisation der Reproduktionsverhältnisse und an rassistischen Arbeitsverhältnissen ist unser aller Anliegen; in der deutschen politischen Kultur werden wir aber immer wieder darauf verwiesen, dass die Sprecherinnenposition zentral ist. So erfahren wir auch in gesellschaftskritischen Kreisen, dass eine Latina aus unserer Gruppe meist nicht als politische Aktivistin wahrgenommen und schon gar nicht als Expertin angesprochen und angefragt wird. Stattdessen wird angenommen, dass sie selbst Erfahrungen in der bezahlten Putzarbeit gemacht hat und darüber berichten kann. Je nachdem, ob wir eher als Hausarbeiterinnen-Organisation oder als politische Gruppe angesprochen werden, wird von uns Erfahrungswissen abgefragt oder aber ein politisches Positionspapier erwartet. Die Analysen über Arbeitsverhältnisse im Privathaushalt fallen demgegenüber meist den akademischen Expertinnen zu. Um dieser Aufteilung in deutsche Expertin vs. lateinamerikanische Betroffene entgegenzutreten, halten wir Vorträge oft zu mehreren und überlegen schon im Vorfeld, wie wir solche Zuschreibungen unterlaufen können. Trotzdem – auch in unserer Gruppe sind die Schreibenden meistens die mit deutschem Hintergrund.

Eng damit im Zusammenhang steht eine andere Erfahrung: Anfangs waren die Arbeitsbedingungen Illegalisierter in Deutschland weitgehend unsichtbar, im Laufe der letzten Jahre hat sich das geändert: Dass Haus- und Sorgearbeit in Deutschland viel von Migrantinnen mit prekärem oder ohne Aufenthaltsstatus geleistet wird, ist in den Medien und Universitäten, insbesondere den Gesellschaftswissenschaften angekommen. Unsere Gruppe wird seitdem oft von JournalistInnen oder WissenschaftlerInnen angesprochen. Allerdings interessieren sich die meisten nicht für unsere Erfahrungen solidarischer Organisierung oder unsere politischen Analysen, sondern erwarten die Vermittlung von Interviewpartnerinnen, Dienstleistung für ein neu erschlossenes Feld journalistischer oder akademischer Expertise.

Die Fülle der Anfragen macht ein Missverhältnis deutlich: Während das journalistische Interesse an der »Schattenarbeit« und die akademische Expertise über die »Globalisierung von Sorgearbeit« wächst, gibt es keine entsprechende Vielfalt politisch-solidarischer Organisierung für die Arbeitsrechte von Migrantinnen – und mit ihnen. Trotz der offenen Fragen und genannter Widersprüche: wir rufen dazu auf, in diese Richtung aktiv zu werden. Wichtig ist, sich des Balanceaktes bewusst zu sein. Und: Vertrauensbeziehungen und solidarische Netzwerke entstehen nur auf lange Sicht; mit kurzfristigem, »projektförmigem« Arbeiten sind sie nicht vereinbar.

*respect-Initiative Berlin*

Weitere Informationen und Kontakt: [www.respectberlin.org](http://www.respectberlin.org)

Erschienen in *LuXemburg* 2/2012, 126ff